

Interview
25. April 2022

Silvia Engels im Gespräch mit Saskia Esken, Co-Vorsitzende der SPD

Silvia Engels: Am Telefon ist nun SPD-Parteichefin Saskia Esken. Guten Morgen!

Saskia Esken: Guten Morgen, Frau Engels!

Engels: Sie haben gestern schon auf Twitter geschrieben, als die Ergebnisse klar waren, Sie würden tanzen, weil Macron und nicht Le Pen die Stichwahl gewonnen hat. Entdecken Sie als linke SPD-Politikerin Ihre Begeisterung für einen Liberalen?

Esken: Wir gratulieren Emmanuel Macron natürlich erst einmal zur Wiederwahl als Staatspräsident der Französischen Republik. Und man muss ja sagen, gerade in diesen schwierigen Zeiten, in denen Krieg in Europa herrscht, in denen die Freiheit und die Demokratie nicht nur in der Ukraine bedroht werden, sondern auf unserem gesamten Kontinent, da ist die Wiederwahl Emmanuel Macrons ein wichtiges Zeichen für die Stabilität, für die Handlungsfähigkeit Europas. Deswegen bin ich sehr, sehr froh.

Engels: Wie sehr besorgt es Sie andererseits, dass die Deutschland-Gegnerin und EU-Skeptikerin Le Pen immerhin 41,1 Prozent der abgegebenen Stimmen mit Kandidatennamen auf sich vereint?

Esken: Das muss natürlich besorgen und insofern haben wir alle gemeinsam, nicht nur Emmanuel Macron, wie er gestern Abend gesagt hat, sondern ganz Europa die Aufgabe, diesen Tendenzen entgegenzuwirken, auch dafür zu sorgen, dass Menschen sich von der Politik stärker wahrgenommen fühlen, als das derzeit offenbar an vielen Stellen der Fall ist.

Engels: Wie gut läuft denn die inhaltliche Abstimmung derzeit zwischen Frankreich und Deutschland, gerade bei den Großthemen Sanktionen gegen Russland, wo ja auch die EU-Ebene eine wichtige Rolle spielt, als auch, was militärische Kooperation zur Unterstützung der Ukraine angeht?

Esken: Die Abstimmung zwischen Frankreich und Deutschland und auch zwischen anderen Partnern in der EU und im transatlantischen Bündnis findet sehr regelmäßig statt und läuft gut und läuft darauf hinaus, dass wir geeint stehen gegen den Aggressor Putin, der das genau so nicht erwartet hat.

Engels: Am Freitag bestätigte Frankreich nach langer Geheimhaltung erstmals, dass aus dem Land Panzerabwehrraketen und Caesar-Haubitzen in die Ukraine geliefert werden. Das gilt als schwere Waffen. Zudem würden aktuell bereits Ukrainer daran ausgebildet, bestätigte der Elysee-Palast. Sollte sich Deutschland diesem Kurs zur Lieferung schwerer Waffen anschließen?

Esken: Deutschland hat gemeinsam mit den Partnern bereits entschieden, dass schwere Waffen geliefert werden, zum Beispiel über den Ringtausch aus Slowenien. Das sind Waffen, die schnell eingesetzt werden können in der Ukraine. Darauf kommt es jetzt an. Deswegen ist das ein besonders wertvoller und wirksamer Weg, den wir jetzt dort gehen. Auch wir haben schon Ausbildungsgänge bei in westeuropäischer Produktion entstandenen Geräten angekündigt.

Engels: Wie steht es aus Ihrer Sicht dann um den Transport der mehrfach zitierten Marder-Panzer, an die Ukraine, sei es nicht kurz-, aber mittelfristig?

Esken: Zunächst, kurzfristig geht es darum, wie gesagt, die Ukraine mit Gerät auszustatten, das jetzt eingesetzt werden kann, denn jetzt auf die nächsten zwei Wochen kommt es an, um den Angriff Putins und seiner Armee zurückzuschlagen. Insofern geht es jetzt zunächst mal darum. Aber wie gesagt, die Ausbildungsangebote sind gemacht, und dann ist auch die Lieferung von solchem Material möglich.

Engels: Wie schwer tut sich der linke Flügel der SPD, gerade wenn es darum geht, direkt aus Deutschland schwere Waffen an die Ukraine zu geben?

Esken: In der SPD wird die Debatte heiß geführt, sowohl zu der Frage der Waffenlieferungen als auch zur Frage der Unterstützung insgesamt. Ganz klar ist, dass wir gemeinsam mit unseren Partnern in der Koalition an der Seite der Ukraine stehen, dass wir es nicht hinnehmen, dass Putin die europäische Friedensordnung einreißt, die über viele Jahre entstanden ist, die auf der Stärke des Rechts beruht, und dass er mit dem Recht des Stärkeren nun diese Friedensordnung einreißt.

Engels: Die FDP hat auf ihrem Parteitag am Wochenende die Forderung nach Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine als offizielle Linie beschlossen. Haben Sie nun Krach in der Ampel-Koalition mit den Liberalen, denn da ist nichts von Ringtausch oder von mittelfristig die Rede, sondern sehr konkret?

Esken: In dem Antrag, der beim Bundesparteitag der FDP beschlossen worden ist, ist deutlich geworden, dass die Ukraine zum Zurückschlagen des Angriffs von Putin und seiner Armee schweres Gerät benötigt, und das ist auch klar und richtig und dem werden wir auch gemeinsam nachgehen, mit den Partnern, vor allem in enger Abstimmung auch mit den Partnern in der EU und im transatlantischen Bündnis.

Engels: In der Abstimmung schon, aber hier geht man ja doch einen Schritt weiter. Warum ist die SPD hier nicht klarer und sagt genau das: Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine?

Esken: Die Regierung und Olaf Scholz sind vollkommen klar in ihrer Richtung. Wir unterstützen die Ukraine mit allem, wie wir unterstützen können. Wir müssen die Landes- und Bündnisverteidigungsfähigkeit der Bundeswehr beachten. Da geht es darum, dass nun die direkte Lieferfähigkeit der Bundeswehr mit eigenem Material erschöpft ist. Deswegen müssen wir auf die Fähigkeiten der Industrie blicken, aber auch auf die Lieferkapazitäten der Partner. Da, wo beispielsweise Haubitzen geliefert werden, können wir Munition liefern. Das werden wir auch tun. Wir arbeiten im Verbund mit den Partnern und darüber herrscht auch große Einigkeit in der Ampel.

Engels: Zuletzt hatte Bundeskanzler Scholz ja auch argumentiert, das Stichwort „Schwere Waffen“ müsse man auch immer, was Lieferungen angeht, im Kontext sehen mit den Gefahren eines Atomkrieges. Teilen Sie die Sorge?

Esken: Diesen Zusammenhang hat es in dem Interview nicht gegeben. Das waren zwei verschiedene Fragen. Aber dennoch muss man ganz klar sagen: Alle, die Verantwortung tragen, müssen dafür Sorge tragen, dass dieser Krieg sich nicht ausweitet. Dieser Krieg darf kein Flächenbrand in Europa werden. Deswegen ist es so wichtig, dass alle Maßnahmen mit den Partnerinnen und Partnern auch abgestimmt werden.

Engels: Gehen wir weg vom Thema Waffen hin zu Sanktionen. An einem Ölembargo der EU gegen Russland wird weitergearbeitet. Bei einem Gasembargo bremst die Bundesregierung. Sollte sie das weiter tun?

Esken: Die Bundesregierung arbeitet sowohl an der Loslösung der deutschen Abhängigkeit von Lieferungen russischen Öls als auch russischen Gases. Ganz klar haben wir die Aufgabe, unsere Energieversorgung von russischen Lieferungen unabhängig zu machen. Das unterstützt uns ohnehin auf unserem Weg in die Klimaneutralität.

Engels: Die Koalitionspartner bemängeln – aus FDP- und Grünen-Kreisen ist das zu hören -, dass die Kommunikation von Bundeskanzler Scholz nicht eindeutig, nicht klar genug sei. Ist das auch Kritik in der SPD? In hinteren Reihen ist sie auch zu hören.

Esken: Olaf Scholz hat vergangene Woche mit einem Statement nach der Schaltkonferenz mit Joe Biden und anderen G7-Staatschefs ganz deutlich gemacht, was die Linie der Bundesregierung ist, dass es darum gehen muss, jetzt weiterhin mit Waffenlieferungen die Ukrainer in ihrem Kampf gegen den Aggressor Putin zu unterstützen. Die Ukrainerinnen und Ukrainer verteidigen ihr Land, sie verteidigen ihr Leben, ihre Freiheit, ihre Demokratie und auch unsere Freiheit und Demokratie mit allem, was sie haben, und wir stehen solidarisch an der Seite des ukrainischen Volkes.

Engels: Ihnen ist die Kommunikation von Olaf Scholz klar genug?

Esken: Für mich ist die Linie der Regierung vollkommen klar und darüber sind wir uns auch in der Ampel-Regierung einig.

Engels: Am Wochenende meldete sich dann auch Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder per Interview in der New York Times wieder einmal zu Wort. Er will Posten in russischen Energieunternehmen, die er ja bekleidet, erst dann abgeben, falls Russland von sich aus Gaslieferungen nach Deutschland stoppt. Schröder – das zur Erinnerung – ist nach wie vor Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Nord Stream AG und Aufsichtsratschef beim staatlichen russischen Energiekonzern Rosneft. Sie warten derweil noch auf Antwort auf Ihre schriftliche Aufforderung an ihn, seine Posten niederzulegen. Was machen Sie nun aus diesem Interview?

Esken: Wir hatten, Sie sagen es ganz richtig, Gerhard Schröder klar aufgefordert, seine Mandate bei den russischen Konzernen niederzulegen. Das wäre notwendig gewesen, um sein Ansehen als ehemaliger und einst erfolgreicher Kanzler zu retten. Diesem Rat ist er leider nicht gefolgt. Gerhard Schröder agiert seit vielen Jahren lediglich als Geschäftsmann und wir sollten damit aufhören, ihn als Elder Statesman, als Altkanzler wahrzunehmen. Er verdient sein Geld mit der Arbeit für russische Staatsunternehmen und seine Verteidigung Wladimir Putins gegen den Vorwurf der Kriegsverbrechen ist regelrecht absurd.

Engels: Sollte er aus der Partei austreten?

Esken: Das sollte er.

Engels: Was bedeutet das denn alles für das Parteiordnungsverfahren, das gegen Schröder läuft?

Esken: Es gibt mehrere Anträge für ein Parteiordnungsverfahren gegen Gerhard Schröder. Diese Verfahren werden natürlich gemäß dem Parteienrecht, den Statuten der SPD geführt. Aber es gibt, wie Sie wissen, ja vollkommen zu Recht hohe Hürden für so einen Parteiausschluss.

Engels: Sie fordern Gerhard Schröder auf, sein Parteibuch zurückzugeben. Gilt das auch für andere in Ihrer Partei, die sich nach wie vor nicht von Putins Linie deutlich distanzieren?

Esken: In der SPD gibt es eine lebendige und gute und wichtige Debattenkultur und wir arbeiten jeden Tag daran, gerade in diesen wichtigen Fragen zu einer Einigkeit zu kommen.

Engels: Noch mal zurück zu Gerhard Schröder. Das Parteiordnungsverfahren läuft. Sind Sie jetzt auch für einen Antrag auf Parteiausschluss, wenn er selber nicht freiwillig sein Parteibuch abgibt?

Esken: Die Anträge sind ja Anträge auf Parteiausschluss und insofern laufen die Verfahren. Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.